

Steigende Armut trotz sinkender Sozialhilfequoten - wie geht das?

Autor(en): **Hänzi, Claudia**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **120 (2023)**

Heft 1

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-1041724>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Steigende Armut trotz sinkender Sozialhilfequoten – wie geht das?

Der «freiwillige Verzicht» auf staatliche Sozialhilfe ist in Fachkreisen seit Langem bekannt. Die Gründe sind vielfältig: gesellschaftliche Blossstellung, Schamgefühle, fehlendes Wissen oder falsche Informationen, Angst vor Rückerstattungs- oder Verwandtenunterstützungspflicht, die vielen Auflagen und dichten Kontrollen. Die Zugangshürden zur Sozialhilfe wurden in den vergangenen Jahren zusätzlich erhöht. Die 2019 eingeführten Verschärfungen im Ausländerrecht fallen besonders ins Gewicht. Beziehen Migrantinnen oder Migranten Sozialhilfe, riskieren sie den Entzug der Aufenthaltsbewilligung. Diese Verschärfungen bedeuten für viele Menschen faktischen Ausschluss aus dem sozialen Sicherungssystem der Schweiz. Noch weniger Spielraum haben Menschen ohne Aufenthaltsbewilligung. Der Verzicht auf Sozialhilfe bringt Betroffene, Einzelpersonen und Familien mit Kindern gleichermaßen, in existenzielle Notlagen. Um dem entgegenzutreten, hat die Stadt Bern im Januar 2023 das Pilotprojekt Überbrückungshilfe (Seite 25) in Zusammenarbeit mit der Fachstelle Sozialarbeit der römisch-katholischen Gesamtkirchengemeinde Bern und Umgebung gestartet. Laut verfügbaren Schätzungen wird der Nichtbezug von Sozialhilfe seit Jahren unterschätzt. Die Pandemie hat uns gezeigt, dass versteckte Armut keine Randerscheinung ist. Die langen Schlangen vor den Lebensmittelausgaben haben selbst erfahrene Fachpersonen verblüfft. Und für viele Menschen scheint ein prekäres Leben trotz Abklingen der Pandemie und guter Arbeitsmarktlage fortzubestehen. Die Notunterkünfte in der Stadt Bern sind seit Monaten voll; die Anzahl Personen ohne Obdach haben in der Stadt Bern nachhaltig zugenommen. Kirchliche und private Hilfsorganisationen berichten am regelmässig stattfindenden runden Tisch Armut, wie ungebrochen stark ihre Unterstützungsangebote und vor allem die Abgabestellen

für Lebensmittel frequentiert sind. Und nein, wer hier ansteht, ist kein Profiteur, der einen günstigen Weg gefunden hat, die laufenden Haushaltsausgaben zu optimieren. Auch bei den Hilfswerken gibt es Zugangskontrollen. Es kommen Menschen, denen schlicht das Geld fürs Lebensnotwendige fehlt. Durch erhöhte Preise für Strom und die Teuerung hat der Druck weiter zugenommen. Und dennoch scheinen viele Betroffene weiterhin darauf zu verzichten, ihre berechtigten Ansprüche beim Sozialamt geltend zu machen. Die Rückmeldung vonseiten nicht staatlicher Organisationen steht im Widerspruch zur aktuell sinkenden Sozialhilfequote. Die Verwerfung ist sozialpolitisch bedeutsam. Wirkt die Sozialhilfe nicht mehr als letztes Netz der sozialen Sicherheit, weil die Löhne sinken und die Verschärfungen zu gross geworden sind,

dann ergeben sich daraus zwei Konsequenzen. Wir relativieren die staatliche Pflicht, Armutsbetroffenen ein menschenwürdiges Dasein zu gewährleisten. Damit stellen wir das erste und wichtigste Grund- bzw. Menschenrecht unserer Verfassung infrage. Zudem sind wir als Staat blind für die tatsächliche Armutsentwicklung, da die Sozialhilfequote immer grössere Gruppen Armutsbetroffener nicht mehr abbildet. Blickt man auf die Folgen von Armut, nämlich Isolation, Krankheit, Verwahrlosung, frühen Tod, Radikalisierung, erhöhte Kriminalität und wohl auch Fachkräftemangel wegen ungenutzter Bildungschancen, dann können wir uns diesen Blindflug nicht leisten. Isoliert betrachtet sinken die Sozialhilfekosten, ganzheitlich betrachtet destabilisieren wir unsere Gesellschaft und bezahlen einen hohen Preis.

Dr. iur. Claudia Hänzi
Leiterin Sozialamt Stadt Bern

